

Protokoll Nr. 32 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: Sitzungsbeginn: Sitzungsende: Sitzungsort:
15.01.2026 19:00 Uhr 21:30 Uhr Bürgerhaus Hemelingen
Godehardstraße 4
Sitzungssaal (großer Anbau)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Marc Liedtke

Vom Beirat

Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Hans-Peter Hölscher
Heinz Hoffhenke
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Mine Müller
Waltraut Otten
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Simone Geßner (SWHT)
Anke Werner (WFB)
Jens Bogner (SIS)
Kai Siebelmeyer (AfSD)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 11.12.2025, 16.12.2025 und 18.12.2025 sowie Rückmeldungen

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

TOP 3: Gewerbegebiet Hansalinie / Erschließung 3. Bauabschnitt

TOP 4: Terminvergabe im Bürgerservicecenter

TOP 5: Zusammenlegung der Sozialzentren

TOP 6: Beiratsverschiedenes

TOP 1: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 11.12.2025, 16.12.2025 und 18.12.2025 sowie Rückmeldungen

Die Protokolle der Sitzungen vom 11.12.2025, 16.12.2025 und 18.12.2025 werden genehmigt.

Rückmeldungen auf Beiratsbeschlüsse

Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas

Nachgereichte Infos von SKB vom 09.10.2025:

Jörn Hermening trägt die Informationen vor (Anlage 1).

Das Ortsamt wird bei den Kitas nachfragen wie dort die Essensversorgung organisiert ist.

Mögliche Termine Planungskonferenz Bildung:

Dem Ressort wurden der 12.02. oder der 16.02. als Termine am 15.12. vorgeschlagen.

Antwort SKB vom 07.01.:

Sehr geehrter Herr Hermening,

Sehr geehrte Mitglieder des Beirates Hemelingen,

vielen Dank für die Terminangebote für die mit Beschluss am 20.8.2025 beschlossene Planungskonferenz „Berufliche Bildung“, die Sie um weitere im Betreff genannte Themen ergänzt haben.

Die Überarbeitung der Schulstandortplanung (SOP) 2022 als Schulentwicklungsplanung (SEP) wird voraussichtlich bis Ende des II. Quartals 2026 soweit fortgeschritten sein, dass die geplante Beteiligung der Beiräte sinnvoll möglich sein wird. Eine vorgezogene Beteiligung des Beirates Hemelingen würde keinen Mehrwert bieten, da zum Zeitpunkt Februar 2026 noch keine gesicherten, bzw. fundierten Aussagen zu der langfristigen SEP (welche Schulen haben zukünftig wie viele Züge, ggf. Neubauten, Umbauten, Anbauten, Dependancen) getroffen werden können.

Diese Sachlagen müssen erst in größeren Zusammenhängen betrachtet und abgestimmt werden. Es wird Ihnen zugesagt und sichergestellt, dass die von Ihnen gewünschte verzahnte Präsentation des Ganztagsausbau mit der SEP erfolgt und vorgestellt wird. Zu dem Thema „Investitionsmittel des Bundes“ hat der Senat am 09.12.2025 eine Vorlage mit Anlage beschlossen. Die Federführung zur Vorlage hat der Senator für Finanzen. Zu diesem Thema kann keine Verzahnung erfolgen und eine Präsentation nur durch das Ressort Finanzen erfolgen.

Ein Termin für eine Planungskonferenz im benannten Umfang, die auch die langfristige Schulentwicklungsplanung sinnvoll präsentieren und den Beirat zielführend beteiligen kann, sollte Anfang des 3. Quartals liegen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Zeitraum in Ihre Planung aufnehmen und würde mich über einen neuen Terminvorschlag freuen.

Beschluss:

Eine Planungskonferenz Bildung zum kommenden Schuljahr soll am 12.02.2026 um 19:00 Uhr zu stattfinden. Im III. Quartal soll dann eine zur langfristigen Schulentwicklungsplanung mit dem Finanzressort folgen.

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

auf Anliegen von Bürger: innen

Webseite des Stadtteilmarketings Infos über Alkohol-Tasting

Antwort vom Stadtteilmarketing vom 16.12.:

„...wir möchten lediglich das E Center Ehme als Hemelinger Unternehmen im Allgemeinen unterstützen. Eine Werbung für Alkohol wurde und wird nicht vom Stadtteilmarketing vorgenommen.“

Überschwemmung Zeppelintunnel

Antwort von Stefan Rose (DB):

„Das Thema hätte in 15 Minuten erledigt sein können, wenn man im Pumpwerk die Steuerung neu gestartet hätte. Das Pumpwerk läuft derzeit nur im Notbetrieb mit einer Pumpe von 3 Pumpen. Diese Pumpe ist wohl ausgefallen. Bei steigendem Wasserstand hätte eine SMS abgesetzt werden müssen. Das ist nicht geschehen.“

Der Auftragnehmer will uns bis Ende dieser Woche darlegen, was das Problem war und wie wir das bis zur Übernahme durch hanseWasser vermeiden können. Das Pumpwerk ist trotz der Bitte von unserer Seite bisher weder von hanseWasser programmiert noch in deren Steuerung/Überwachung eingebunden worden. Wir sind derzeit in der Abstimmung mit hanseWasser darüber, wie schnell das erfolgen kann.“

TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Ein Bürger hat zwei Anliegen. Erstens möchte er sich für die Zuwendung des Beirats für das Jahresabschlussfest für Senior:innen bedanken. Zweitens hat er in der Zeitung einen Artikel über das Mobile und die Problematik mit den Krabbelgruppen gelesen und äußert darüber seinen Unmut. Er würde gerne wissen, welche Meinung der Beirat zu diesem Sachverhalt hat.

Jörn Hermening antwortet, dass der Beirat das Thema Mobile auf der Tagesordnung in der kommenden Sitzung am 05.02.2025 hat und das Thema dort diskutiert werden kann.

TOP 3: Gewerbegebiet Hansalinie / Erschließung 3. Bauabschnitt

Simone Geßner von der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation erläutert anhand einer Präsentation den aktuellen Stand und die Begleitmaßnahmen (Anlage 2).

Diskussion:

Reinhard Zwilling hat vier Fragen: Er möchte wissen, wie viele der dort vorgesehenen Gewerbegrundstücke in Zusammenhang mit Mercedes-Benz stehen, welcher prozentuale Anteil der Flächen bereits vergeben ist, ob für ansiedlungswillige Unternehmen Vorgaben zur Energieeffizienz bestehen und ob darüber hinaus noch Flächen für andere Firmen verfügbar sind.

AW Simone Geßner und Anke Werner:

- Vorgaben zur Energieeffizienz ergeben sich aus der Landesbauordnung und gelten einheitlich für alle Vorhaben.
- Rund ein Drittel der Flächen der dritten Baustufe, etwa 20 Hektar, sind für Mercedes vorgesehen.
- Für zwei weitere größere Unternehmen bestehen derzeit Reservierungen.
- Für die übrigen Flächen liegen bislang keine Reservierungen vor.
- Im Bremer Osten stehen keine weiteren freien Gewerbegebiete mehr zur Verfügung.

- Perspektivisch wird noch das Gebiet Airport-Stadt Süd für Unternehmen mit Flughafenbezug entwickelt.

Kerstin Biegemann fragt, ob die Weseraue als Schutzgebiet in den Planungen angemessen berücksichtigt wird. Zudem erkundigt sie sich, wie mit der Situation von am Wochenende übernachtenden LKW-Fahrern umgegangen werden soll und regt die Bereitstellung sanitärer Anlagen an.

Darüber hinaus bittet sie um Auskunft zu den Planungen von Mercedes im Hinblick auf E-Mobilität und möglichen Auswirkungen auf Zulieferbetriebe. Abschließend mahnt sie eine verträgliche Ansiedlung weiterer Unternehmen unter Berücksichtigung des nahegelegenen Waldstücks an.

AW:

- Zur verträglichen Ansiedlung wird auf die Festsetzungen des Bebauungsplans verwiesen. Darüber hinaus bestehen Abstandsf lächen, unter anderem durch einen Wasserlauf; die Gewerbe flächen liegen zudem deutlich höher. Es wird davon ausgegangen, dass sich Tierbewegungen eher nach Süden orientieren.
- Zu den Planungen von Mercedes im Bereich E-Mobilität liegen keine konkreten Erkenntnisse vor. Es wird angenommen, dass konventionelle und neue Antriebstechnologien über längere Zeit parallel bestehen bleiben und sich Zulieferbetriebe entsprechend anpassen werden.
- Hinsichtlich der parkenden LKW wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht ausschließlich um Fahrzeuge mit Bezug zu den ansässigen Unternehmen handelt, sondern auch um externe Fahrer, die den Autohof nicht nutzen. Für das Gebiet ist perspektivisch die Einrichtung eines Autohofs vorgesehen. Der BUND ist aufgefordert weitere Parkmöglichkeiten an der Autobahn zu schaffen. Das erfolgt auch nach und nach.
- Zum Schutzgebiet Weseraue wird ausgeführt, dass die Aktivitäten des BUND wahrgenommen wurden, derzeit jedoch kein Anlass für eigenes Tätigwerden gesehen wird. Eine Rückmeldung des Umweltressorts steht noch aus.

Ralf Bohr weist darauf hin, dass das Müllproblem durch am Wochenende parkende LKW-Fahrer aus seiner Sicht durch einen neuen Autohof nicht gelöst werde, da viele Fahrer diesen aus Kostengründen nicht nutzten.

Zudem erkundigt er sich nach der Vorgabe, 50 Prozent der Dachflächen für Photovoltaik zu nutzen, es sollten bei der Vermarktung ja 70% gefordert werden und fragt, ob hierfür bereits konkrete Interessenten bekannt sind.

Weiter fragt er, ob es Prognosen zu künftig freiwerdenden Flächen im Gewerbegebiet gibt und ob sich diese im zweiten oder dritten Bauabschnitt befinden. Abschließend möchte er wissen, ob im Gewerbegebiet bessere, eigenständige Radwege vorgesehen werden können.

AW:

- Ein kostenfreier Autohof ist nicht vorgesehen, da eine Subventionierung eines solchen Betriebs nicht möglich ist.
- Im Geschäftsentwicklungsplan wurden Vermarktungskriterien festgelegt, in denen Klimaschutz eine wesentliche Rolle spielt. Nach Einschätzung werden deutlich mehr als 50 % der Dachflächen für Photovoltaik genutzt, da Investoren ein Eigeninteresse an der Vermietung der Dachflächen haben und somit die 70% erreicht werden. In der Bauphase 2 werde die Quote bereits sicher überschritten.
- Entscheidungen zum Ausbau von Fahrradwegen liegen nicht im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsressorts, sondern beim Amt für Straßen und Verkehr.
- Es ist nicht zu erwarten, dass künftig Hallen frei werden. Die Hallen aus der Bauphase 0 sind durch drei Unternehmen belegt; zudem hat Rheinmetall mehrere Hallen in der Hansalinie angemietet.

Heinz Hoffhenke begrüßt die Entwicklung des Gewerbegebiets Hansalinie ausdrücklich, kritisiert jedoch die verkehrliche Situation vor Ort. Er bemängelt, dass durch die aktuelle Straßenführung faktisch eine Sackgasse entstanden sei, und fordert vor diesem Hintergrund einen Ausbau der Europaallee.

AW Simone Geßner führt aus, dass seitens Bremen bereits finanzielle Mittel bereitgestellt wurden. Die Leistungsfähigkeit des betroffenen Knotenpunkts sei jedoch derzeit stark eingeschränkt, weshalb die verkehrliche Situation auch im Zusammenhang mit dem geplanten achtspurigen Ausbau der Autobahn betrachtet werden müsse. Für eine Verlängerung der Europaallee sei zudem die Mitwirkung der Stadt Achim erforderlich.

Ingo Tebje fragt nach der langfristigen Zielsetzung für die 100 Hektar große Dispositionsläche vor dem Hintergrund fehlender weiterer Entwicklungslächen. Zudem erkundigt er sich nach der geplanten Größenordnung möglicher Windkraftanlagen.

Darüber hinaus möchte er wissen, welche Zielsetzungen hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze verfolgt werden und in welchem Umfang das Konzept der „Schwammstadt“ bei der Erschließung neuer Gewerbegebiete berücksichtigt wird.

AW Simone Geßner:

- Zum Thema „Schwammstadt“ wird auf die Zuständigkeit des Unterhaltungsträgers verwiesen; eine Abstimmung mit dem Amt für Straßen und Verkehr ist erforderlich. Für die Vermarktung der Flächen spielt dieser Aspekt derzeit keine Rolle.
- Zur Dispositionsläche wird ausgeführt, dass stets Flächen in einem Umfang von über 100 % vorgehalten werden müssen. Hierzu werden im Grundbuch Vorkaufsrechte gesichert. Grundlage sind neue Regelungen seit dem Geschäftsentwicklungsplan 2030 sowie die Bodenschutzstrategie.
- Zu Aussagen über Arbeitsplatzdichte oder konkrete Effekte könne sie keine belastbaren Angaben machen; entsprechende Daten seien beim Statistischen Landesamt zu erfragen. Durchschnittlich werde von 40 bis 45 Arbeitsplätzen pro Hektar ausgegangen, was insgesamt etwa 1.000 bis 1.200 neue Arbeitsplätze bedeute. Die Zahlen würden nachgereicht.
- Hinsichtlich der Windkraftanlagen befindet man sich in der Planung. Vergleichbar sei dies mit dem Beispiel Lunedelta. Maßgeblich sei der Bebauungsplan; im Gewerbegebiet kämen voraussichtlich kleinere Anlagen bis etwa 1 Megawatt in Betracht.

Jens Dennhardt äußert Zweifel am Nutzen eines Autohofs und fragt nach der dahinterstehenden Zielsetzung. Er spricht sich stattdessen für ein niedrigschwelliges, praktikables Angebot für Fahrer mit geringem Einkommen aus und weist auf frühere negative Auswirkungen des Lärms auf angrenzende Wohnbevölkerung hin.

Zudem fragt er, wie der Güterverkehr unter dem Gesichtspunkt der CO₂-Bilanz künftig gestaltet werden soll und wie der aktuelle Stand der Kommunikation mit dem BUND ist.

AW Simone Geßner:

- Zur Kommunikation mit dem BUND wird ausgeführt, dass hierzu bislang keine vertiefte Befassung stattgefunden habe und auch keine Hinweise aus dem zuständigen Ressort vorlägen. Eine eigene Position sei daher nicht entwickelt worden. Fragen von Ausgleichsflächen seien davon unberührt.
- Zur Anbindung des Güterverkehrs wird auf frühere Überlegungen zur Hafeneisenbahn und zum Hemelinger Hafen verwiesen, die jedoch nicht weiterverfolgt wurden. Aus persönlicher Sicht sei eine Umsetzung unter anderem aufgrund der Tunnelproblematik kaum realisierbar. Stattdessen wird angeregt, den Güterverkehr ganzheitlich zu

betrachten, insbesondere unter Einbeziehung von E-Mobilität auf der „letzten Meile“ und der Lage von Umschlagsorten.

- Hinsichtlich der Parkplatzproblematik wird betont, dass eine Lösung nicht innerhalb des Gewerbegebiets liegen könne. Günstige LKW-Parkplätze müssten vielmehr im Bereich der Autobahn geschaffen werden; dies sei Aufgabe der Autobahn GmbH.
- Die Nähe zur Wohnbebauung spiele keine Rolle, da die Auswirkungen im Lärmgutachten bereits berücksichtigt worden seien und dort keine differenzierten Abstufungen vorgesehen seien.

Reinhard Zwilling fragt, in welchem Umfang derzeit eine Zusammenarbeit der WFB mit der Stadt Achim stattfindet und ob diese weiterhin aktiv und funktionierend ist, da er hierzu seit längerer Zeit nichts mehr wahrgenommen habe.

Zum Thema „Schwammstadt“ merkt er an, dass durchaus Maßnahmen möglich seien, etwa durch Regenwasserversickerung direkt auf den jeweiligen Grundstücken.

Ralf Bohr fragt nach dem aktuellen Stand der Begleitmaßnahmen. Er weist darauf hin, dass der Beirat bereits Orte besichtigt und eine Priorisierung vorgeschlagen habe und erkundigt sich, aus welchem Grund die Umsetzung bislang noch nicht begonnen wurde.

AW: Simone Geßner antwortet:

- Die bisherigen Vorschläge zu den Begleitmaßnahmen stammen aus der vergangenen Legislaturperiode und wurden als Angebot verstanden. Dem aktuellen Beirat sollte die Möglichkeit gegeben werden, diese nochmals zu prüfen und gegebenenfalls neu zu bewerten.
- Zum Thema Niederschlagswasser wird darauf hingewiesen, dass bestehende Regelungen zur Einleitung von Regenwasser in Gewässer berücksichtigt wurden.
- Hinsichtlich der Gespräche mit der Stadt Achim wird ausgeführt, dass es dort keine Konflikte gibt.

Jörn Hermening ergänzt, dass die vorhandenen Gräben bereits eine wirksame Rückhaltefunktion für Niederschlagswasser übernehmen. Nach Einschätzung des Deichverbands funktioniere dieses System sehr gut, da das Wasser verzögert in die Weser abgegeben werde.

TOP 4: Terminvergabe im Bürgerservicecenter Stresemannstraße

Jens Bogner von der Senatorin für Inneres und Sport ist anwesend. Er hat seinen Kollegen, den neuen Leiter des Bürgeramtes, Björn Ehlers mitgebracht.

Beide erläutern das Thema wie folgt:

- Das Bürgerservicecenter arbeitet intensiv daran, die Wartezeiten für Termine zu verkürzen.
- Ziel ist es, bis Ende des Jahres Termine für wichtige Anliegen innerhalb von 31 Tagen anzubieten; aktuell gelingt das für etwa zwei Drittel der Bürger, aber nicht für alle.
- Es gibt noch Rückstände aus der Corona-Zeit, die den Ablauf erschweren.
- Eine Kampagne zur Digitalisierung soll Bürgerinnen und Bürger darauf aufmerksam machen, dass viele Dienstleistungen wie Wohnungsummeldung, Kfz-Zulassung und Führungszeugnisse bereits online erledigt werden können.
- Die Online-Nutzung ist jedoch teilweise durch die Notwendigkeit einer PIN eingeschränkt, die manche Bürger nicht mehr parat haben.
- Trotz Digitalisierung sind die Entlastungseffekte begrenzt, da viele Anliegen weiterhin persönlich bearbeitet werden müssen.

- Herr Ehlers betont, dass das Bürgerservicecenter in der Stresemannstraße nicht nur Meldeangelegenheiten, sondern auch 85 % aller Kfz-Zulassungen in Bremen bearbeitet, was das Amt besonders auslastet.
- Etwa die Hälfte der Anliegen sind kleinere, kurzfristig ohne Termin erledigbare Vorgänge, die täglich viele Bürgerkontakte ausmachen.
- Die andere Hälfte sind größere Anliegen, bei denen die Terminvergabe noch nicht immer innerhalb von 31 Tagen gelingt; manchmal liegen Termine auch 90 Tage oder länger entfernt.
- Um die Wartezeiten weiter zu verkürzen, sind neben organisatorischen Verbesserungen zusätzliche personelle Maßnahmen geplant.
- Die Digitalisierung der Services wird weiter ausgebaut, um den Service für die Bürger zu verbessern und Wartezeiten zu reduzieren.

Diskussion:

Dr. Christian Kornek hinterfragt die Aussage, dass zwei Drittel der Kundinnen und Kunden zeitnah einen Termin erhalten, vor dem Hintergrund eigener Recherchen, nach denen Termine für Personalausweise oder Reisepässe erst in etwa sechs Monaten verfügbar sind. Er fragt, wie realistisch es ist, dass offene Stellen angesichts des Fachkräftemangels bis zum Jahresende besetzt werden können und in welchem Umfang eine personelle Aufstockung geplant ist. Zudem möchte er wissen, welche konkreten Möglichkeiten Bürgerinnen und Bürger derzeit haben, wenn sie kurzfristig ein Ausweisdokument benötigen, aber keinen zeitnahen Termin erhalten und nicht regelmäßig online nach freien Terminen suchen können.

Reinhard Zwilling äußert Zweifel an der genannten durchschnittlichen Wartezeit von 31 Tagen. Er schildert, dass sein eigener Termin zur Beantragung eines Personalausweises erst für April vorgesehen ist und damit deutlich von den dargestellten Zahlen abweicht.

Jens Dennhardt schildert, dass er persönlich durch wiederholtes Nachsehen im Buchungssystem meist kurzfristig Termine erhalten habe, weist jedoch darauf hin, dass dies für viele Bürgerinnen und Bürger weder praktikabel noch zumutbar sei. Vor diesem Hintergrund fragt er, welche Auswirkungen der absehbare Eintritt zahlreicher Beschäftigter in den Ruhestand mittelfristig auf die Personalsituation und damit auf die Wartezeiten haben wird.

Zudem erkundigt er sich nach Perspektiven zur Vereinfachung digitaler Verwaltungsleistungen. Am Beispiel der Online-Beantragung eines Führungszeugnisses führt er aus, dass die derzeitigen Verfahren unnötig kompliziert seien, und fragt, ob hier mit Verbesserungen zu rechnen ist, um digitale Angebote künftig nutzerfreundlicher zu gestalten.

AW: Jens Bogner und Björn Ehlers antworten wie folgt:

- Die Wartezeiten für Termine werden täglich statistisch erfasst und sind evidenzbasiert, um die Situation transparent zu machen und zu kontrollieren.
- Es besteht der Wunsch, die Terminvergabe zu verbessern, trotz begrenzter finanzielle Mittel, unter anderem durch zusätzliche Mitarbeiter, die kurzfristig über sogenannte Pop-up-Termine mehr Kapazitäten schaffen sollen.
- Der Online-Dienst für bestimmte Anträge, wie das Führungszeugnis, ist durch technische und finanzielle Hürden eingeschränkt, da nur wenige Bürger die notwendige BundID aktiviert haben und die Bezahlung derzeit nur per Kreditkarte möglich ist.
- Es wird angestrebt, weitere Zahlungsmethoden wie PayPal einzuführen, um den Service kundenfreundlicher zu gestalten, wofür Unterstützung vom Bund und Gesetzgeber benötigt wird.

- Das typische Kundenerlebnis ist oft noch umständlich, besonders in größeren Städten, wo es schwierig ist, zeitnah Termine zu bekommen.
- Es wird ein Umdenken angeregt, um mehr Dienstleistungen online und ohne persönliche Termine zu ermöglichen, was langfristig Einsparungen bringen könnte.
- Die Mitarbeiter sind im ständigen Austausch mit verschiedenen Behörden und der Politik, um die Situation zu verbessern und kurzfristig mehr Termine anbieten zu können.
- Es gibt Daten zum Altersdurchschnitt und zur Personalentwicklung in den Ämtern.
- Zwischen 2031 und 2035 werden von etwa 180 Mitarbeitenden 51 in Rente gehen, was einen großen Personalverlust bedeutet.
- Vor 2030 sind es nur etwa 15 Personen, die ausscheiden.
- Ab 2030 wird die Personalbeschaffung eine große Herausforderung sein.
- Zur Digitalisierung in der aktuellen Regierung und den Plänen bis 2028 kann Björn Ehlers noch keine genaue Einschätzung geben, betont aber, dass das Thema für ihn wichtig ist.
- Für die Bearbeitung von Wohnungsummeldungen oder Passanträgen plant man den Einsatz von etwa fünf bis zehn Vollzeitkräften für rund sechs Monate, um eine spürbare Verbesserung zu erreichen.
- Nicht alle Bürger benötigen ihren Ausweis sofort; manche können auch längere Wartezeiten von zwei bis drei Monaten akzeptieren, wenn sie gut informiert sind.
- Für dringende Fälle, wie kurzfristige Reisen, gibt es die Möglichkeit, über das Bürgertelefon ein eiliges Anliegen zu melden, das dann besonders behandelt wird.
- Diese zusätzliche Bearbeitung bedeutet aber mehr Aufwand für die Verwaltung und auch für die Bürger, die eine extra E-Mail schreiben müssen, obwohl sie lieber alles in einer Buchung erledigen würden.
- An allen Standorten gibt es eine offene Sprechzeit, die immer montags nachmittags stattfindet, allerdings mit Wartezeiten verbunden ist.

Ralf Bohr weist darauf hin, dass das Thema bereits vor Jahren im Beirat behandelt wurde und damals ebenfalls deutliche Verbesserungen der Wartezeiten zugesichert wurden, die sich in der Praxis nicht bestätigt hätten. Aktuelle Online-Abfragen zeigten erneut Wartezeiten von mehreren Monaten für einen Termin zur Beantragung von Ausweisdokumenten. Er kritisiert, dass Bürgerinnen und Bürger keine klar erkennbaren Hinweise auf alternative Kontaktmöglichkeiten erhalten und viele Menschen – insbesondere sprachlich oder organisatorisch weniger versierte – dadurch faktisch von Leistungen abgehalten würden. Vor diesem Hintergrund stellt er die Glaubwürdigkeit der erneut dargestellten Verbesserungen in Frage und fordert kurzfristig spürbare Lösungen, da die Situation in der Öffentlichkeit einen sehr schlechten Eindruck hinterlässt.

Ingo Tebje betont das gemeinsame Ziel, die Wartezeiten für Ausweisdokumente deutlich zu verkürzen. Ergänzend fragt er, ob der anstehende verpflichtende Führerscheinumtausch in den Planungen berücksichtigt ist und wie sich dieser zusätzliche Andrang auf die vorhandenen Kapazitäten und Terminverfügbarkeiten auswirkt.

Elisabeth Laß hinterfragt die Erwähnung von PayPal als mögliche Bezahlmethode und regt an, stattdessen auf das in Bremen bewährte Lastschriftverfahren zurückzugreifen. Zudem erkundigt sie sich nach der Entwicklung bei Terminabsagen, da dadurch Kapazitäten ungenutzt blieben. Weiter fragt sie, ob es möglich wäre, Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig automatisiert an das Ablaufdatum ihres Personalausweises zu erinnern, um die Terminplanung zu erleichtern. Abschließend bittet sie um eine Einschätzung zur Nutzung der Online-Funktion des Personalausweises und deren Entwicklung.

AW:

- Im Jahr 2026 wird ein neues Service Center in Mitte eröffnet, das kundenfreundlicher sein soll als das alte BSC Mitte.
- Für Hemelinger ist die Stresemannstraße der Anlaufpunkt, wo durch neue Strukturen Entlastung erwartet wird.
- Ein Popup-Service startet Anfang März mit acht neuen Mitarbeitenden, um die Wartezeiten bei Terminen zu verkürzen.
- Ziel ist es, bis Ende des Jahres die Terminvergabe so zu verbessern, dass spontane Online-Termine innerhalb von etwa 31 Tagen möglich sind.
- Die Kundetermine werden überwiegend positiv bewertet, auch wenn es noch Herausforderungen bei der Organisation gibt.
- Es gibt eine offene Sprechzeit für dringende oder spontane Anliegen, die aber nicht immer optimal funktioniert, besonders bei persönlichen Betreuungspflichten.
- Andere Kommunen setzen ebenfalls auf offene Sprechzeiten, doch diese führen oft zu langen Wartezeiten vor Ort.
- Termine sind die effektivste Methode, um Wartezeiten zu steuern, dennoch soll die offene Sprechzeit für spontane Anliegen erhalten bleiben.
- Online-Dienstleistungen werden ausgebaut, stoßen aber noch auf Barrieren, etwa wegen fehlender Online-tauglicher Ausweise oder eingeschränkter Zahlungsmöglichkeiten.
- Die Verwaltung steht im Austausch mit Bundesstellen, um Hürden bei Online-Diensten zu verringern und mehr Bürgern den Zugang zu erleichtern.
- Es wird ein Potenzial von etwa 10% Steigerung bei der Nutzung von Online-Diensten gesehen, was viele Herausforderungen reduzieren könnte.
- Im Tagesgeschäft gibt es keine großen Probleme, aber es bestehen Altlasten aus früheren Zeiten, die noch abgearbeitet werden müssen.
- Für Personalausweise und Reisepässe gibt es bereits Erinnerungen, damit Bürger rechtzeitig Termine planen können.
- Das Thema Führerscheinumtausch wird aufmerksam verfolgt, da viele Bürger ihre Frist nicht eingehalten haben, was zusätzlichen Aufwand bedeutet.
- Die Führerscheininstelle arbeitet unabhängig von den anderen Bereichen, könnte aber ebenfalls von zusätzlichen Terminen profitieren.

Ralf Bohr weist darauf hin, dass bereits vor zwei Jahren ähnliche Zahlen präsentiert wurden und sich für die Bürgerinnen und Bürger seither nichts erkennbar verbessert habe. Er betont, dass die Bevölkerung nicht bereit sei, Wartezeiten von sechs Monaten für einen Termin zur Beantragung von Ausweisdokumenten zu akzeptieren.

AW:

- Vor zwei Jahren hatten alle Kunden meist einen Termin mit etwa sechs Monaten Wartezeit.
- Heute sehen zwei Drittel der Kunden Termine innerhalb von 31 Tagen, was eine deutliche Verbesserung ist.
- Die Zahlen sind ehrlich und berücksichtigen keine spontanen Termine, die die Quote noch weiter verbessern würden.
- Insgesamt hat sich die Wartezeit für viele Kunden deutlich verkürzt, auch wenn es auf den ersten Blick nicht so wirkt.
- Die Nutzung der Online-Funktion für Termine bleibt stabil, die Qualität hat sich nicht verändert, aber die Anzahl der Nutzer steigt.
- Bei neuen Ausweisen wird automatisch eine PIN für die Ausweis-App vergeben, die man nicht mehr abwählen kann.
- Wer den PIN verliert, kann ihn bei Bedarf erneut anfordern.

Dr. Christian Kornek erkennt die dargestellten Verbesserungen an, weist jedoch darauf hin, dass der verbleibende Anteil langer Wartezeiten weiterhin zu hoch sei. Er fragt ergänzend, mit welchen Wartezeiten vor Ort zu rechnen ist, sowohl bei einem regulären Termin als auch im Rahmen einer offenen Sprechstunde.

AW:

- Die Wartezeiten für verschiedene Dienstleistungen variieren je nach Standort:
 - Ausweise: Nord 2 Minuten, Mitte 7 Minuten, Stresemannstraße 9 Minuten.
 - Wohnungsummeldung: etwa 1 Stunde Wartezeit.
 - Offene Sprechstunde: Nord 4 Minuten, Mitte 6 Minuten, Stresemannstraße 11 Minuten.
 - Führungszeugnis: Mitte 3 Minuten, Nord und Stresemannstraße 13-15 Minuten.
- In Bremen ist es üblich, dass man zwar teilweise lange auf einen Termin warten muss, aber vor Ort die Wartezeit kurz und der Service freundlich ist.
- Im Vergleich dazu gibt es z.B. in Stuttgart keine festen Termine, man kann jederzeit kommen, muss aber oft 60 bis 120 Minuten vor Ort warten.

TOP 5: Zusammenlegung der Sozialzentren

Kai Siebelmeyer, neuer Leiter des Sozialzentrums Hemelingen/Osterholz ist anwesend. Er erläutert das Thema wie folgt:

- Die Vortragende verfügt über langjährige Berufserfahrung im Amt für soziale Dienste und kennt die dortigen Strukturen, insbesondere aus dem Bereich Jugendamt und Sozialraumarbeit.
- Eine Organisationsuntersuchung wurde erforderlich, da das Amt in den vergangenen Jahren erheblichen Veränderungen unterlag, unter anderem durch gestiegene Fallzahlen im Zuge der Zuwanderung ab 2015, durch neue gesetzliche Anforderungen (z. B. Bundesteilhabegesetz) sowie durch zunehmende fachliche Komplexität.
- Die Untersuchung wurde mit externer Unterstützung durchgeführt und bezog die Mitarbeitenden intensiv ein, um praxisnahe Erkenntnisse zu gewinnen.
- Zentrales Ergebnis ist die Beibehaltung der gemeinsamen Struktur von Jugend- und Sozialamt unter dem Dach des Amtes für soziale Dienste.
- Künftig sollen weiterhin acht Standorte bestehen, jedoch mit einer veränderten internen Organisation. Vorgesehen ist die Einrichtung der neuen Fachdienste „Jugend und Familie“ sowie „Soziales“.
- Die bisher sechs Sozialzentren sollen zu vier einheitlich aufgebauten Sozialzentren zusammengeführt werden, um ein standardisiertes Leistungsangebot für Bürgerinnen und Bürger an allen Standorten sicherzustellen.
- Besonders der Bereich „Junge Menschen“ wird organisatorisch neu strukturiert, unter anderem durch ein neues Referat für Sozialraumarbeit sowie ein Referat für Eingliederungshilfe für junge Menschen.
- Trotz struktureller Veränderungen sollen wohnortnahe Angebote erhalten bleiben; längere Wege für Bürgerinnen und Bürger sind nicht vorgesehen.
- Die Arbeitsweise der Sozialraumorientierung sowie bestehende Angebote bleiben inhaltlich erhalten.
- Der Umsetzungsprozess befindet sich noch in einer frühen Phase; konkrete Aussagen zu Standorten, Gebäudenutzung oder Angebotsdetails sind derzeit noch nicht möglich.

- Bestehende Angebote im Stadtteil, etwa die Häuser der Familie, Erziehungsberatungsstellen oder weitere sozialräumliche Angebote, sollen weiterhin bestehen bleiben.
- Auch Angebote, die organisatorisch an anderen Standorten angesiedelt sein könnten, sollen weiterhin im Sinne der Bürgernähe vor Ort verfügbar bleiben (z. B. Zentrale Fachstelle Wohnen).
- Positiv hervorgehoben wird die neu eingerichtete Erziehungsberatungsstelle für Hemelingen und Osterholz, die das bisher zentralisierte Angebot im Bremer Osten ergänzt.

Diskussion:

Ralf Bohr äußert die Sorge, dass durch die Umstrukturierung der Sozialzentren und die Verlagerung einzelner Leistungen längere Wege für Bürgerinnen und Bürger entstehen und eine stärkere Zentralisierung sozialer Angebote erfolgt. Vor diesem Hintergrund fragt er, wie weiterhin eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt werden soll. Zudem bittet Ralf Bohr um Klarstellung, welche Angebote künftig am Standort Pfalzburger Straße verbleiben und ob dieser Standort langfristig erhalten bleibt.

AW: Kai Siebelmeyer stellt klar, dass die Verlagerung der wirtschaftlichen Hilfen in die Kurfürstenallee bereits vor einigen Jahren erfolgt ist und nicht im Zusammenhang mit der aktuellen Organisationsuntersuchung steht. Die Wege für Bürgerinnen und Bürger seien dadurch zwar nicht kürzer geworden, jedoch handele es sich um keine neue Entwicklung.

Er führt aus, dass im Zuge der Neuorganisation geprüft werde, wie trotz künftig nur noch vier fester Sozialzentrumsstandorte weiterhin sozialraumnahe Angebote sichergestellt werden können. Als mögliche Ansätze nennt er mobile Angebote, Sprechstunden in bestehenden Einrichtungen vor Ort sowie dezentrale Beratungsangebote in den Quartieren, insbesondere zur besseren Erreichbarkeit für mobilitätseingeschränkte Personen.

Zur Zukunft des Standortes Pfalzburger Straße könne derzeit noch keine Aussage getroffen werden, da über die räumliche Ausgestaltung noch nicht entschieden worden sei.

Zudem wird die Bedeutung einer frühzeitigen Beteiligung der Beiräte betont. Kai Siebelmeyer sichert zu, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine enge und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Beirat einzusetzen.

TOP 6: Beiratsverschiedenes

Umbenennung BZA

Das Ortsamt hat bei der Familie von Max Lorenz nachgefragt, ob sie eine vom Beirat und Mitgliedern der SV Hemelingen vorgeschlagenen Benennung der Bezirkssportanlage Hemelingen nach Max Lorenz begrüßen würden. Die Familie hat mitgeteilt, dass sie dies begrüßen würden.

Die Familie würde sich sehr freuen, wenn die BZA nach dem Vater benannt werden würde

Beschluss:

Das Sportamt wird aufgefordert die Umbenennung der Bezirkssportanlage Hemelingen in „Max Lorenz Bezirkssportanlage“ gem. §10 (1) Nr. 8 zu prüfen.

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Globalmittelvergabe

01 Hemelinger Vielfalt (Antrag 27)

Antragsteller: Stadtteilmarketing Hemelingen e.V.

Gesamtausgaben: 10.500,00 €

Antragssumme: 5.900,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 2.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

02 Freizeitstätte Arberger Sommerbad (Antrag 35)

Antragsteller: Freizeitstätte Arberger Sommerbad

Gesamtausgaben: 14.745,39 €

Antragssumme: 11.787,82 €

Vorschlag aus dem GFA: 10.000,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

03 Bürgerbrunch (Antrag 38)

Antragsteller: Stadtteilstiftung Hemelingen

Gesamtausgaben: 4.500,00 €

Antragssumme: 2.500,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 2.500,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Ingo Tebje hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

04 Jahresabschlussfest f. Senior:innen (Antrag 39)

Antragsteller: Werner Bolte

Gesamtausgaben: 1.600,00 €

Antragssumme: 700,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 700,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

05 Sommerfest f. Senior:innen (Antrag 40)

Antragsteller: Werner Bolte

Gesamtausgaben: 1.300,00 €

Antragssumme: 600,00 €

Vorschlag aus dem GFA: 600,00 €

Stellungnahme: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Umbesetzung des FA Bau und Klimaschutz

Durch das Ausscheiden von Sebastian Springer von der Partei Die Linke aus dem Beirat, benennt Ingo Tebje Sebastian Springer als Sachkundigen Bürger für den FA Bau und Klimaschutz vor.

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 05.02.2026 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Wärmepumpenwoche in Arbergen und Mahndorf
- Zukunft der Angebote im Familienzentrum Mobile
- Umsetzung des neuen Parkraumkonzeptes (Stufe 4 des Aktionsplans) in Hemelingen
 - Bewohnerparken und Aufgesetztes Parken (mit Zeitplan)
- Aktueller Sachstand Sanierung BZA Hemelingen

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Kornek
stellv. Beiratssprecher

gez. Liedtke
Protokoll